Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

2017 – Die Pflege hat die Wahl!

Die Herausforderung „Pflege“ ist eine der wichtigsten Aufgaben von Gegenwart- und Zukunft. Wir, die Pflegeprofession, sind die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen. Wir haben eine große Verantwortung für die Sicherstellung einer guten Versorgung der Menschen. Wir sind damit aber auch selber in der Pflicht, die Bedingungen sowie Voraussetzungen zu schaffen und einzufordern, unter denen dies gelingen kann. Wir sind 1,2 Millionen Wähler. Gemeinsam mit den über 2 Millionen pflegebedürftigen Menschen und den 4,5 Millionen pflegenden Angehörigen haben wir im Jahr 2017 die Wahl.

Es muss für die Pflege endlich weiter vorangehen. Im Wahljahr 2017 müssen wir hier sehr genau hinschauen, inwieweit sich die Politik der „Herausforderung Pflege“ angemessen annimmt. Wichtiges Ziel ist weiterhin die Schaffung einer zukunftsfesten Ausbildung. Dringliche Zukunftsaufgabe ist die Klärung der Personalbemessung und der Arbeitsbedingungen in der Pflege. Wie viele Mitarbeiter sind hinreichend und woher kommen sie? Wie ist die Arbeit vor Ort zu gestalten, so dass Wissen und Können der professionell Pflegenden bestmöglich eingesetzt werden können?

Gleiches gilt für die Gründung weiterer Pflegekammern in den Bundesländern. Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz hat sich in ihrem ersten Jahr hervorragend bewährt. Sie ist der Leuchtturm, der den Weg zeigt. Andere Bundesländer sollten sie als Beispiel nehmen. Mit diesen und vielen weiteren Fragen wird sich auch der Deutsche Pflegetag beschäftigen. Er findet vom 23. bis 25. März 2017 in der STATION-Berlin statt.

Andreas Westerfellhaus
Präsident des Deutschen Pflegerats

In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Gesetzgeber setzt Grundstein für bessere Bezahlung

Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Dritten Pflegestärkungsgesetzes ein Zeichen für einen gerechteren Lohn der professionell Pflegenden gesetzt. Damit ist er einer wesentlichen Forderung des Deutschen Pflegerats nachgekommen. Das Gesetz sieht vor, dass die Pflegekassen und Sozialhilfeträger bei Pflege-satzverhandlungen auch in nicht-tarifgebundenen Pflegeeinrichtungen die Bezahlung von Gehältern in Höhe eines Tarifvertrages oder einer kirchenarbeitsrechtlichen Regelung anerkennen müssen.

Was bislang nur für tarifgebundene oder in Einrichtungen der Kirchen möglich war, steht somit jetzt allen Pflegeeinrichtungen, ambulant und stationär, offen. Damit steht höheren Löhnen in der Pflege bis zur Erreichung des Tarifniveaus bzw. der Vergütungen nach kirchlichen Arbeitsrechtsregelungen endlich nichts mehr entgegen. Der DPR fordert die Träger dazu auf, von dieser Möglichkeit der Lohnsteigerungen unmittelbar Gebrauch zu machen. Gleichzeitig rufen wir die professionell Pflegenden von nicht-tarifgebundenen Pflegeeinrichtungen auf, sich jetzt an ihre Arbeitgeber zu wenden und diese auf die gesetzlich abgesicherte Möglichkeit der refinanzierten Lohnsteigerungen zu verweisen. Gute Arbeit muss auch gerecht und gut entlohnt werden. Der Gesetzgeber hat hierzu den ersten Schritt getan. Jetzt muss der Gesetzesbeschluss vor Ort umgesetzt werden.

Franz Wagner
Vize-Präsident des Deutschen Pflegerats (DPR)